

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



Lieferketten brechen

6 LÄNDERSTECKBRIEF
CHILE

10 INTERVIEW: BRASILIEN
NACH DER WAHL

11 UKCA-KENNZEICHEN
JETZT PFLICHT

Decoupling: Weltwirtschaft zerfällt in Blöcke

Kaum ein Thema beschäftigt deutsche Unternehmen derzeit so sehr wie die Handelsbeziehungen mit China. Vor allem die Abhängigkeit bei strategisch wichtigen Rohstoffen belastet die Industrie zunehmend. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, sagte jetzt auf einem Kongress in Berlin: „Deutschland ist, wenn es um Rohstoffe geht, erpressbar.“ Die Abhängigkeit ist vor allem bei mineralischen Rohstoffen wie Seltenen Erden groß. Doch ohne diese Rohstoffe gibt es keine Energiewende, keine E-Mobilität oder Digitalisierung.

Was Abhängigkeit bedeutet, ist der Industrie und der Politik erst mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine schmerzlich bewusst geworden. Der Macht Chinas will man jetzt etwas entgegensetzen. So plant die Bundesregierung, das Instrument der Investitionsgarantien zu überarbeiten, um somit deutsche

Auslandsinvestitionen verstärkt in Märkte abseits der Volksrepublik zu lenken. Geplant sind günstigere Garantiekonditionen, um Anreize für Investitionen in den Staaten zu bieten, die bisher nicht so im Fokus standen, aber Potenzial bieten.

Damit sind aber längst nicht alle Probleme gelöst. Denn die Unternehmen sind bereits mitten in einer Art „geopolitischem Schlachtfeld“ zwischen den USA und China gefangen. Ihr Streben nach wirtschaftlicher Macht und technischer Vorherrschaft hat dazu geführt, dass die beiden Wirtschaftsmächte ihre Zukunftstechnologien immer stärker entkoppeln. Diese als „Decoupling“ (= Entkopplung) bezeichnete Entwicklung bringt das Geschäftsmodell der deutschen Wirtschaft, das auf weltweiten Lieferketten und Absatzmärkten sowie der Verfügbarkeit von günstigen Ressourcen und Produktionsstandorten beruht, zunehmend ins Wanken.

Das Dilemma: Die zwischen den USA und China gegenseitig verhängten Handels- und Investitionsbeschränkungen engen die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit ein, da Unternehmen, die sowohl in China als auch in den USA aktiv sind, mit teilweise widersprüchlichen Sanktionen konfrontiert werden. Halten sie die Sanktionsvorschriften aus dem einen Land ein, kann es passieren, dass sie dadurch Sanktionsvorschriften des anderen Landes verletzen. Das ist nicht das einzige Problem.

Wie auch der BDI, so befürchtet der Verband der deutschen Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), dass die Unternehmen in der Lieferkette möglicherweise erpressbar sind und im Zuge des Decoupling unter politischen Druck geraten könnten. Hintergrund für diese Einschätzung sind die Ergebnisse einer Umfrage, bei der mehr als Hälfte der Befragten angaben, dass sie Komponenten aus China oder den USA beziehen, die sie als „kritisch“ für ihr Geschäft bezeichnen – ein großer Teil davon sind elektronische Komponenten und Elektrobauteile, einschließlich Halbleiter, Leiterplatten, Steuerungen oder auch Software.

Um sich vor Ausfuhr- und Einfuhrverbote zu schützen, haben einige Unternehmen bereits damit begonnen, unterschiedliche Produkte für den amerikanischen und den chinesischen Markt zu entwickeln. Eine kostspielige Strategie. Aus VDMA-Sicht könnte dies aber ein wirksames Mittel sein, um sich vor Handelshemmnissen zu schützen.

Deutsches Exportmodell geschwächt

„Diese Lage ist für die deutschen Wirtschaft tatsächlich schwierig“, so Jürgen Matthes vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Aus seiner Sicht gehört Deutschland geopolitisch klar an die Seite der USA. Allerdings würde eine Wiederwahl Donald Trumps auch die Kooperation mit den USA wieder erschweren.

Matthes: „Deutsche Firmen tendieren zunehmend dazu, ihre Geschäfte lokal oder regional zu konzentrieren und so von internationalen Handelsbeschränkungen stärker unabhängig zu machen. Für das deutsche Exportmodell ist das allerdings eine schlechte Nachricht, weil Exporte dabei zunehmend durch Produktion vor Ort ersetzt werden und deutsche Jobs ins Ausland abzuwandern drohen.“

Auch der DIHK beobachtet die geopolitische Abschottung mit großer Besorgnis – allen voran den zunehmenden Protektionismus in der Volksrepublik. „Das Land setzt selbst eher auf Abschottung, will aber überall in der Welt mehr mitmischen – auch bei uns in Deutschland“, so Hauptgeschäftsführers Martin Wansleben.

Diversifikation Top-Priorität

Die deutschen Unternehmen müssten bei einem China-Engagement darauf achten, nicht „in eine 0-1-Situation zu geraten – also, dass nichts mehr läuft“, wenn China wegbreche. Das hätten inzwischen aber schon viele Betriebe in ihre Risiko-Systeme eingepreist. In der deutschen Wirtschaft würde mittlerweile mehr diversifiziert, so Wansleben. „Da ist inzwischen viel in Bewegung – möglicherweise mehr, als in der öffentlichen und politischen Diskussion wahrgenommen wird.“

Decoupling ist keine vorübergehende Taktik, sondern eine grundlegende

Strategie Chinas und der USA. Die Konfliktlinien verlaufen dabei entlang von Technologien wie künstlicher Intelligenz, 5G, Halbleitern, Plattformökonomie oder Cloud-Software und wurden unter US-Präsident Donald Trump noch einmal verschärft.

Auf immer mehr chinesische Waren wurden Sonderzölle erhoben, es gibt Einfuhr- und Ausfuhrverbote, etwa für Chips, Netzwerkausrüstung und Grundstoffe wie Seltene Erden oder bestimmte Chemikalien. Hinzu kommen Nutzungsverbote für geschäftsrelevante Software und Limitierungen im Datentransfer.

Die Freundschaften zwischen den USA und China waren noch nie besonders innig. Doch seit der Volksrepublik beschloss, in insgesamt zehn strategischen Industriezweigen technisch führend und unabhängig werden zu wollen, haben sich die Handelsbeziehungen weiter abgekühlt und die protektionistischen Maßnahmen zugenommen – auf beiden Seiten.

Checkliste für eine Risikoanalyse

- ▶ Startpunkt für international tätige deutsche Unternehmen sollte eine Analyse der Risikolage sein: im eigenen Unternehmen und entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Hierfür ist digitales Lieferantenmanagement ein wichtiger Baustein.
- ▶ Um sich gegen das Decoupling zu schützen, sollten die Unternehmen möglichst flexible Strukturen schaffen, um sich schnell an neue Entwicklungen anpassen zu können. Dies betrifft nicht nur die Lieferantenauswahl, sondern auch die IT-Infrastruktur, das Datenmanagement, das IP-Management und die gesellschaftsrechtliche sowie steuerliche Struktur bei einer globalen Gruppe.
- ▶ Darüber hinaus sollten Unternehmen permanent überprüfen, ob ihre Geschäftstätigkeiten in allen Märkten mit spezifischen lokalen Anforderungen, Regeln und Gesetzen konform sind. Dabei ist ein länderspezifisches Country-Compliance-Management-System essenziell. Für China umfasst dies beispielsweise das Erfüllen der Anforderungen des Corporate-Social-Credit-Systems, des „Cyber Security Law“ und des „Export Control Law“. In den USA gibt es ähnliche strafbewehrte Gesetze und Regeln, die z.B. das Nutzen chinesischer Technik für im US-Markt vertriebene Produkte untersagen
- ▶ Unternehmen sollten beachten, dass die Entkopplung ein sich ständig entwickelnder Prozess ist. Als Folge ist auch die Risikoanalyse zu aktualisieren. Dazu bietet sich beispielsweise das Einrichten einer Taskforce an. Diese Einheit sollte sich aus Mitgliedern aller für das Unternehmen relevanten Regionen, Länder und Märkte zusammensetzen. So lassen sich schnell neue lokale Regelungen, Gesetze, politische Strömungen und Trends erkennen und angemessene Reaktionen finden.
- ▶ Unternehmen sollten sich Gedanken darüber machen, wie sie sich langfristig in dem Handelskonflikt zwischen den USA und China positionieren wollen. Im Extremfall kann eine Aufspaltung des Unternehmens in zwei Teile notwendig werden.

Quelle: KPMG

Daran hat auch die Biden-Regierung wenig geändert und die Entwicklung wird vermutlich weitergehen. So gibt es aus Sicht des BDI immer mehr Anzeichen für ein Auseinanderfallen der Weltwirtschaft in Wirtschaftsböcke. Die Unternehmen würden sich zwar bereits auf ein mögliches Decoupling der Weltwirtschaft unter anderem mit einem gesonderten Aufbau von Forschungs- und Produktionskapazitäten je Wirtschaftsregion (Nearshoring) oder der Verlagerung von Geschäftseinheiten in andere Wirtschaftsregionen vorbereiten. Eine Regionalisierung der Produktion oder weitgehende „Deglobalisierung“ ist aus Sicht des Verbandes aber nicht zu erwarten.

„Deutsche Unternehmen, deren größte Absatzmärkte in der Regel die USA und

zugleich China sind, sollten in diesem Spannungsfeld eigene Strategien entwickeln und sich positionieren. Andernfalls könnten sie sich ins Abseits manövrieren“, sagt Andreas Glunz, Bereichsvorstand International Business bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG.

Eigene Strategien entwickeln

Dabei ist es aus Sicht von Glunz nötig, sich vom in den letzten Jahrzehnten vielfach betriebenen Single-Sourcing zu verabschieden. Mehr Lokalisierung und Diversifizierung seien zwei Antworten auf die veränderte geopolitische Lage. Und er mahnt dazu, in Szenarien mit umsetzungsreifen Plänen zu denken, die auch den Worst Case umfassen.

Nicht nur die USA und China versuchen, ihre Märkte stärker zu schützen. Auch in der EU gibt es diese Tendenzen – wenn auch mit einem anderen Hintergrund. Geplant ist, durch direkte Eingriffe in den Markt und nicht zuletzt durch gezielte staatliche Förderung bestimmter Industriezweige eine größere Unabhängigkeit von Lieferungen aus Staaten wie China zu erzielen und so weniger anfällig für internationale Krisen zu werden.

Ein völliges Abkoppeln der Europäischen Union von internationalen Lieferketten oder auch nur von China würde die EU-Staaten jedoch hunderte Milliarden Euro kosten, wie beeindruckende Simulationsrechnungen des renommierten Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) zeigen.



News inside: DZ BANK German Desk Singapur

17. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft

Mitte November fand in Singapur die 17. Asien-Pazifik-Konferenz der Deutschen Wirtschaft (APK) statt, die seit 1994 alle zwei Jahre an wechselnden Standorten durchgeführt wird und die größte Netzwerkveranstaltung der deutschen Wirtschaft im Ausland ist. Unter den rund 500 Teilnehmern aus mehr als 20 Staaten waren neben Unternehmensvertretern auch Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vertreten. Fokus der Konferenz lag dieses Jahr auf den Themen Diversifizierung und Nachhaltigkeit.

In diesem Rahmen haben Habeck und der singapurische Minister-in-charge of Trade Relations S. Iswaran die Rahmenerklärung „Germany-Singapore Framework for Sustainability and Innovation“ unterzeichnet. So soll ein regelmäßiger strukturierter Austausch beider Staaten zu allen außenwirtschaftspolitischen Fragen und für sektorspezifische Gesprächsformate für und mit Unternehmen entstehen mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen. Die Vereinbarung will die Zusammenarbeit des Privatsektors in Bereichen wie Ferti-

gung, Mobilität und grüne Technologien fördern und gleichzeitig die Zusammenarbeit in weiteren Bereichen wie Business Matching, Networking und Ausbildung am Arbeitsplatz erleichtern.

Auch Bundeskanzler Scholz betonte in seiner Rede nochmal die Bedeutung Singapurs. Singapur verdanke „seinen bewundernswerten wirtschaftlichen Erfolg dem Freihandel, seiner weltweiten Vernetzung und seiner Offenheit gegenüber der Welt sowie seiner zentralen Lage in einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen auf der Erde“.

Basierend auf weiteren bereits bestehenden Vereinbarungen wie z.B. den Indo-Pazifik-Leitlinien und Freihandelsabkommen will die Bundesregierung den Handel mit der Asien-Pazifik-Region ausbauen, um einseitige Abhängigkeiten vor allem von China bei Rohstoffen und Technologien zu reduzieren und Lieferketten sicherzustellen. Mit Indonesien plant die Bundesregierung beispielsweise ein Abkommen zur Unterstützung der Energiewende. Vor seinem Besuch in Singapur war Kanzler Scholz bereits

in Vietnam, Deutschlands wichtigstem Handelspartner in Südostasien. Gerade mit Blick auf aktuelle geopolitische Themen spielt das Land eine zentrale Rolle für Deutschland, um sich in den Bereichen Absatzmärkte, Lieferketten, Rohstoffquellen und Produktionsstandorte breiter aufzustellen.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die diesjährige APK die Bedeutung Singapurs und auch ganz Südostasiens nochmals verdeutlicht hat. Ein Ausbau der Handelsbeziehungen mit der Region wird in der Zukunft essenziell für Deutschland sein und bietet enormes Potential für deutsche Unternehmen.

Autorin

Julia Scheunert
DZ BANK AG
German Desk
Singapore
Telefon: +65 64278 383
mailto:julia.scheunert@dzbank.de



Risikoeinstufung: Zweimal rauf und zweimal runter

Die OECD hat die Länderrisiken von 50 Staaten aus den Regionen Lateinamerika und Karibik sowie West- und Zentralafrika neu bewertet. Die siebenstufige Länderklassifizierung (1 = beste Kategorie, 7 = schlechteste Kategorie) ist ein Parameter bei der Berechnung des Entgelts. Bei vier Ländern haben sich Veränderungen ergeben: Guyana und Aruba wurden hochgestuft, El Salvador und Ghana dagegen abgestuft.

Die OECD-Länderrisikobewertung misst das Länderrisiko anhand eines ökonomischen Modells, das auf quantitati-

ven Indikatoren basiert. Ziel dieses Modells ist es, die Wahrscheinlichkeit zu bewerten, ob ein Land seine Auslandsschuld bedient.

Zum anderen fließt das bisherige und künftig erwartete Zahlungsverhalten eines Landes ein, welches sich im Wesentlichen auf die aggregierte Zahlungserfahrung der OECD-ECAs (den staatlichen Kreditversicherungen) stützt. Im Vordergrund stehen dabei Transaktionen mit dem öffentlichen Sektor des jeweiligen Landes.

Mit der „VR International“-App erhalten Sie Risikoeinschätzungen zu über 160

Ländern. Einfach dort unter „Länderinformationen“ das jeweilige Land auswählen und dann auf „Länderrisiken“ klicken.



Weitere Informationen:
<https://www.vr.de>

Lieferkettengesetz: BAFA klärt auf und gibt Tipps

Das BAFA hat eine sog. Handreichung zum Beschwerdeverfahren im Rahmen des Lieferkettengesetzes veröffentlicht. Diese beschreibt die Anforderungen des Gesetzes und bietet Hilfestellungen und praktische Tipps für die Umsetzung. Beschwerdeverfahren seien ein wichtiger Baustein für die Weiterentwicklung des Risikomanagements, heißt es darin. Mit dem neuen Lieferkettengesetz soll sich die Verantwortung der Unternehmen auf die gesamte

Lieferkette erweitern. Dazu gehört der vollständige Entstehungsprozess vom Rohstoff bis zum fertigen Verkaufsprodukt.

Ab dem 1. Januar 2023 müssen alle Unternehmen, die in den Anwendungsbereich des Lieferkettengesetzes fallen, einen Mechanismus für Hinweise zu Risiken oder Verletzungen von menschenrechtlichen und umweltbezogenen Aspekten einrichten. Unternehmen können diese Anforderung auf drei

unterschiedlichen Wegen umsetzen. Sie können ein unternehmensinternes Verfahren nutzen, sich an einem gleichwertigen externen Verfahren beteiligen oder interne und externe Beschwerdeverfahren kombinieren.



Weitere Informationen:
<https://www.bafa.de>

Ägypten kündigt Ende der Akkreditivpflicht an

Die ägyptische Zentralbank rudert zurück: Die Akkreditivpflicht für Importe soll schon bis Ende 2022 wieder abgeschafft werden. Die ägyptische Zentralbank hatte jetzt mitgeteilt, dass die Pflicht zur Nutzung von Akkreditiven für Importgeschäfte schrittweise ausläuft.

Die Akkreditivpflicht wurde am 23. Februar 2022 trotz Befürchtungen über

steigende Importkosten eingeführt. In Ägypten ansässige, multinationale Unternehmen sowie deren Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften in Ägypten waren aber von dieser Regelung schon generell ausgenommen.

Ausnahmen bestanden auch für die Einfuhr bestimmter Produkte. Ausgenommen waren ebenso Sendungen bis zu

einem Wert von 5.000 US-Dollar. Die Zentralbank hatte diesen Wert schon mit Wirkung vom 27. Oktober auf 500.000 US-Dollar angehoben.



Weitere Informationen:
<https://www.gtai.de/de>



Liebe Leserinnen, liebe Leser, wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes Fest, erholsame Feiertage und einen guten Start in ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2023. Für Ihr Interesse am Fachmagazin VR International danken wir Ihnen herzlich. Wir hoffen, dass wir auch im nächsten Jahr wieder Themen aufgreifen, die Sie interessant und nutzbringend finden. Über Ihre Anregungen und Kommentare freuen wir uns. Die Redaktion

Praxiswissen Auslandsgeschäft:

Lieferzeiten – Spiel ohne Grenzen!

Die Lieferung an Bestimmungsorte im Ausland stellt Exporteure vor logistische Herausforderungen. Aber auch im internationalen Liefergeschäft ist der Lieferzeitpunkt bzw. der Lieferzeitraum einzuhalten. Welche Regeln gelten hierfür?

Die Bon Frites GmbH schließt mit dem belgischen Importeur Aber-Fix BV einen Vertrag über die Lieferung von 1.000 digitalen Multi-Heißluft-Fritteusen zur Weiterbelieferung an die Gastronomie. Der Kaufvertrag wird deutschem Recht unterstellt. Eine konkrete Leistungszeit für die Lieferung wird nicht vereinbart, obwohl die Geräte erst noch mit anderen Thermostaten ausgestattet werden sollten.

Es kommt schon zwei Tage später zum Streit, weil der Exporteur nach Ansicht des Importeurs die Ware am gleichen Tag noch zum Versand bringen müsse. Nach dem vereinbarten deutschen Recht – so der Importeur – könne er die Leistung sofort verlangen.

Deutsches Recht oder UN-Kaufrecht

Ist keine beiderseitige Leistungszeit vereinbart, ist es mit der Vereinbarung einer Incotermklausel nicht getan. Es muss dann auf gesetzliche Vorschriften zurückgegriffen werden. Aber welche? Würde die Lösung im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu suchen sein – was jedenfalls vordergründig nahezu liegen scheint, wenn für den Liefervertrag deutsches Recht vereinbart wird –, käme es auf § 271 BGB an. Ist eine Zeit für die Leistung weder bestimmt noch aus den Umständen zu entnehmen, so kann der Gläubiger nach dessen Absatz 1 die Leistung sofort verlangen. Das scheint in dem Beispielfall für den Importeur zu sprechen. Aber die Rechnung sollte nicht ohne den Wirt gemacht werden. Denn in vielen Fällen gelangt vorrangig das UN-Kaufrecht (CISG) zur Anwen-

dung, wenn es nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird. Das CISG ist auf Kaufverträge über Waren zwischen Parteien anzuwenden, die ihre Niederlassung in verschiedenen Staaten haben, wenn diese Staaten Vertragsstaaten des CISG sind, oder wenn die Regeln des internationalen Privatrechts zur Anwendung des Rechts eines Vertragsstaates führen.

Unsere neue Serie (Teil 4)

Wird etwa ein Liefergeschäft zwischen einem deutschen Exporteur und einem Importeur aus einem CISG-Vertragsstaat geschlossen, gilt Art. 33 CISG. Der Verkäufer hat die Ware danach wie folgt zu liefern:

- ▶ wenn ein Zeitpunkt im Vertrag bestimmt ist oder aufgrund des Vertrages bestimmt werden kann, zu diesem Zeitpunkt;
- ▶ wenn ein Zeitraum im Vertrag bestimmt ist oder aufgrund des Vertrages bestimmt werden kann, jederzeit innerhalb dieses Zeitraums, sofern sich nicht aus den Umständen ergibt, dass der Käufer den Zeitpunkt zu wählen hat, oder
- ▶ in allen anderen Fällen innerhalb einer angemessenen Frist nach Vertragsabschluss.

Lange Lieferwege oder logistische Herausforderungen im grenzüberschreitenden Transportgeschäft ändern nichts daran, dass diese Lieferfristen – und mangels einer Vereinbarung „angemessene“ Lieferfristen – einzuhalten sind.

Angemessenheit der Leistungszeit

Aber welche Frist ist denn nun angemessen im Sinne des Art. 33 CISG? Dies richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. Klar ist jedenfalls, dass danach grundsätzlich keine Pflicht zur sofortigen Lieferung besteht. Welche Lieferfrist aber angemessen ist, bestimmen

verschiedene Kriterien. Ausgangspunkt sind die bei Vertragsschluss bekannten oder erkennbaren Interessen der Parteien, etwa aufgrund der Vertragsverhandlungen.

Ein wesentliches Kriterium ist auch, ob es sich bei dem Kaufgegenstand um Ware handelt, die noch herzustellen ist oder beschafft werden muss. Hierfür sind durchschnittliche Produktions- und Lieferfristen maßgebend. Bei vorrätigen Waren, die nur noch versandfertig zu machen sind, besteht eine kurze Lieferfrist. Dem Verkäufer braucht dann nicht mehr Zeit zugebilligt zu werden, als hierfür benötigt wird.

Folgt aus den dem Verkäufer bekannten oder erkennbaren Umständen, dass der Käufer von einer kurzen Lieferzeit ausgeht, trifft den Verkäufer ihm gegenüber eine Hinweispflicht hinsichtlich vorliegender Lieferhindernisse; anderenfalls sind sie unbeachtlich. Umgekehrt muss der Käufer den Verkäufer über nicht offensichtlich erkennbare Gründe informieren, aus denen sich sein Interesse an einer schnellen Lieferung ergibt. Ein erkennbares Interesse des Käufers an einer kurzfristigen Belieferung verkürzt die Angemessenheit der Lieferfrist, etwa bei starken Preisschwankungen. Welche Lieferzeit angemessen ist, ergibt sich letztlich aus Billigkeit Gesichtspunkten. Den genauen Lieferzeitpunkt „innerhalb einer angemessenen Frist“ bestimmt der Verkäufer. Lediglich vereinzelt ist es nicht ausgeschlossen, dass nur eine „sofortige“ Lieferung angemessen ist.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaiserstraße 24a 55116 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Chile

Chile steht hierzulande allen voran für die Anden und einst dort ansässige Hochkulturen wie die Inka. Die längste Gebirgskette der Erde, die 42 Sechstausender und noch mehr Fünftausender vorweisen kann, bildet gleichzeitig die Grenze zu Argentinien. Im Schatten der Topografie hat sich das Land in den vergangenen drei Jahrzehnten wirtschaftlich zu einem der erfolgreichsten Staaten Lateinamerikas entwickelt. Ein wichtiger Baustein sind in diesem Zuge die erneuerbaren Energien. In Chile sollen künftig beispielsweise synthetische Kraftstoffe, sogenannte E-Fuels, in großem Stil produziert werden. Davon kann allen voran auch der europäische Kontinent profitieren.

Politische Lage

Der amtierende chilenische Präsident ist mit 36 Jahren der jüngste in der Geschichte des Landes. Gabriel Boric gehört der Partei Convergencia Social an und wurde am 11. März dieses Jahres zum Staatsoberhaupt gewählt. Im Dezember 2021 setzte er sich in der Stichwahl gegen seinen rechtsgerichteten Rivalen José Antonio Kast durch. Boric, ein Sohn kroatischer und katalanischer Einwanderer, war seit 2014 Mitglied des chilenischen Abgeordnetenhauses. Anfang September musste der junge Politiker allerdings eine herbe Niederlage hinnehmen. Denn die Abstim-

mung über eine neue Verfassung galt auch als eine Art Referendum gegen ihn und seine Linksregierung, zumal fast 13 von 15 Millionen Wahlberechtigten an die Urne gegangen sind – ein historisch hoher Wert. Die Verfassung wurde mit einer breiten Mehrheit von 62% abgelehnt, es kam in diesem Zuge auch zu gewalttätigen Unruhen auf den Straßen. Die Kritiker monierten, dass die angedachte Verfassung eine klar linke Handschrift aufweise, eine Abkehr vom derzeitigen Wirtschaftsmodell bedeutet und das Land in ein zweites Venezuela verwandelt hätte. Doch es gab auch viele Befürworter. Der Entwurf sah unter anderem mehr Rechte für die indigene Bevölkerung und mehr Umweltstandards für das vom Klimawandel besonders betroffene Land vor. Eine neue Verfassung wurde 2019 – begleitet von sozialen Revolten – angestoßen und von der verfassungsgebenden Versammlung fast ein Jahr lang ausgearbeitet. Es wäre eine der progressivsten Verfassungen der Welt gewesen – mit besonderen Rechten für Minderheiten und einer festgeschriebenen Frauenquote von 50% in öffentlichen



Die Hauptstadt Santiago de Chile ist als modernes Finanzzentrum bekannt, aber auch für die bilderbuchreife Lage nur wenige Kilometer westlich der schneebedeckten Andengipfel.

Ämtern. Auch die Tatsache, dass sich die Wasserversorgung in Chile weitgehend in Privatbesitz befindet, sollte geändert werden. Boric, ehemaliger Studentenführer, ist zudem ein Verfechter eines Bildungszugangs für alle. Weil der Bildungssektor genau wie der Gesundheitsbereich privatisiert ist, fühlen sich viele Bürger abgehängt. Nun soll ein neuer verfassungsgebender Prozess angestoßen werden, was angesichts der Spaltung der chilenischen Bevölkerung alles andere als einfach werden dürfte. Das aktuelle Grundgesetz stammt im Wesentlichen noch aus der Zeit der Militärdiktatur unter Augusto Pinochet. Pinochet regierte von 1973 bis 1990 mit harter Hand. Im September 1973 kam es zum Militärputsch gegen Salvador Allende, der die marxistisch-sozialistische Linie vertrat.

Die fünf größten Geschäftsbanken

- Banco Santander-Chile
- Banco de Crédito e Inversiones
- Banco de Chile
- Banco del Estado de Chile
- Scotiabank Chile

In die 17-jährige Regierungszeit Pinochets fallen zahlreiche Gräueltaten, darunter Morde, Folter und Entführungen. Der Militärdiktator – er wurde nie demokratisch gewählt – starb 2006, ohne verurteilt worden zu sein. Dabei hat Chile eigentlich eine lange demokratische Tradition. 1833 gab sich der Andenstaat eine entsprechende Verfassung. Heutzutage ist das Land eine Präsidentialrepublik. Chiles Präsident ist genau wie in den USA gleichzeitig ein für vier Jahre gewählter Regierungschef, muss aber mittlerweile zwingend nach einer Amtsperiode abtreten.

Chile hat eine mehr als doppelt so große Landfläche wie Deutschland, aber nur etwa ein Viertel an Einwohnern. Das Herz des langgezogenen Andenstaates schlägt eindeutig in der Hauptstadt Santiago de Chile, in dessen Großraum 8 Millionen Einwohner leben. Boric und seine Regierung sind nicht nur wegen der vorgelegten Verfassung und der Preissteigerungen in die Kritik geraten, sondern auch aufgrund einer wieder höheren Kriminalitätsrate. Die anvisierten Steuererhöhungen für Unternehmen sorgen ebenfalls für viel Missmut.

Chile ist seit 2010 ein OECD-Staat, seinerzeit der erste auf dem südamerikanischen Kontinent, Bestandteil der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) sowie assoziiertes Mitglied des Mercosur. Das Land unterhält zahlreiche Freihandelsabkommen, darunter auch mit der Europäischen Union. Mit Peru, Kolumbien und Mexiko bildet Chile seit 2012 die Pazifik-Allianz. 2018 war der Startpunkt der Transpazifischen Partnerschaft CPTPP, unter anderem mit Australien, Japan und Kanada. Allerdings steht die Ratifizierung der CPTPP in Chile auch wegen aufkommender Widerstände noch aus.

Wirtschaftsstruktur

Chile ist das exportstärkste Land Südamerikas. Die Ausfuhren machen rund ein Drittel des BIP aus. Gemessen am Output pro Kopf ist das auf rund 6.000 Kilometer langgezogene Land gemeinsam mit Uruguay das wohlhabendste in Lateinamerika. Der Lebensstandard ist vergleichsweise hoch, die Korruption gering. Chiles liberale Wirtschaft beruht allerdings seit jeher zu einem beträchtlichen Teil auf der enormen Ausbeutung von Naturschätzen, auch wenn zuletzt wegen des Klimawandels auch im Andenstaat ein Umdenken stattgefunden hat. Vor allem die Abhängigkeit vom Kup-

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)			
Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2019	0,9	2,3	-1,5
2020	-6,1	3,0	-2,6
2021	11,7	4,5	-7,6
2022p	1,5	7,5	-1,5

v = vorläufig; s = Schätzung; p = Prognose
Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI); Internationaler Währungsfonds

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mio. USD)			
Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2018	-2,7	10,2	91,4
2019	-1,4	5,6	110,5
2020	0,8	3,7	109,0
2021p	-6,7	7,5	111,7

v = vorläufig; s = Schätzung; p = Prognose
Quellen: Internationaler Währungsfonds; Germany Trade & Invest (GTAI); Eurostat

fer und dessen Weltmarktpreisen ist groß. Der Preis war im vergangenen Jahr mehrmals auf über 10.000 US-Dollar pro Tonne geklettert, ist seit Mitte des Jahres aber merklich zurückgegangen.

Der industrielle Kupferabbau begann bereits Ende des 19. Jahrhunderts im Norden und in der Mitte des Landes. Es dauerte auch nicht lange, bis Chile zum weltgrößten Kupferproduzenten aufstieg. Mehr als ein Viertel der globalen Kupferherstellung stammt aus dem südamerikanischen Land. Die Ausfuhren in

diesem Bereich machen rund die Hälfte aller Exporte aus – und bilden für den chilenischen Staat bis dato die ergiebigste Einnahmequelle. So ist es auch kein Wunder, dass der weltweit größte Kupferabbaukonzern in Chile ansässig ist: Codelco ist in Staatsbesitz. Das umsatzstärkste Konglomerat des Landes ist der Mischkonzern AntarChile. In den vergangenen 40 Jahren hat die chilenische Land- und Forstwirtschaft in puncto Exportstärke ebenfalls stark an Bedeutung zugelegt.



Die Hafenstadt Valparaíso gilt als schönste Stadt Chiles und zählt seit 2003 zum UNESCO-Weltkulturerbe. Mit historischen Standseilbahnen geht es hinauf auf die steilen, dicht bebauten Hügel der Stadt.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Chile

(in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2018	2.665	1.409	1.256
2019	2.884	1.116	1.768
2020	1.893	1.218	675
2021	2.717	1.120	1.597

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Außenhandel, Fachserie 7

So sind Trauben und Kirschen weitere Exportschlager. Auch bei diesen Erzeugnissen ist das Land weltweit führend bei den Ausfuhren. Hinzu kommen hierzulande ebenfalls beliebte Früchte wie Avocados, Äpfel, Kiwis und Pfirsiche. Weitere wichtige Bereiche sind die Fischerei und der Weinanbau. So liegen Fische und Meeresfrüchte in der Exportstatistik an dritter Stelle.

Weil der Wohlstand im Land vergleichsweise hoch ist und die Anteile des produzierenden Sektors (rund 30%) und der Dienstleistungsbranche (etwa zwei Drittel) groß sind, wird Chile als Industrieland deklariert. Die Schere zwischen Arm und Reich ist allerdings enorm. So sind die Nettoeinkommen und auch das Vermögen unter allen OECD-Staaten in Chile am ungleichsten verteilt. Selbst innerhalb Südamerikas steht das Land in dieser Kategorie weit hinten, was auch immer wieder zu Ausschreitungen führt. Immerhin gab es beim Kampf gegen die Armut in den letzten Jahrzehnten größere Fortschritte.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Das Wirtschaftssystem ist seit der Pinochet-Ära insgesamt sehr liberal. Auch die Korruption ist mittlerweile gering. Beides hängt eng mit dem ökonomischen Aufschwung des Landes zusammen. Beim Corruption Perceptions Index belegte Chile 2021 den 27. Rang unter 180 Ländern. Fast alle Wirtschaftssektoren sind privatisiert, die Staatsquote dementsprechend gering. Auch die inländischen Finanzmärkte und deren Intermediäre gelten als sehr gesund, was in südamerikanischen Staaten nicht häufig der Fall ist. Chiles Staatsverschuldung ist ebenfalls relativ niedrig und liegt noch unter 40%. Die steigenden Energiepreise haben sich aber auch in Chile bemerkbar gemacht.

Die starke wirtschaftliche Verflechtung mit China stellte zuletzt ein Problem dar. Die

langen und scharfen Lockdowns in der Volksrepublik, aber auch die deutlich höheren Importkosten haben dafür gesorgt, dass Chiles Handelsbilanz im Jahr 2022 wieder ins Negative umgeschlagen ist.

Dos and Don'ts im Chile-Geschäft

- ▶ Netzwerke haben in Chile eine große Bedeutung. Sie bilden sich zum Teil schon in der Schule, spätestens in der Universität. Viele Politiker und Manager haben an einer angesehenen Universität studiert, am häufigsten in den USA. Oligopole einflussreicher Familien dominieren viele Sektoren.
- ▶ Chilenische Unternehmen sind hierarchisch ausgerichtet. In wichtigen Geschäftsbesprechungen sollte der Geschäftsführer stets präsent sein.
- ▶ Direkte Konfrontation ist zu vermeiden. Wer viel klagt und alles negativ sieht, erntet Unwillen. Wer sich Ungeduld oder Ärger anmerken lässt, verliert.
- ▶ Vieles in Chile wirkt auf den ersten Blick US-amerikanisch oder europäisch, das kann jedoch täuschen. Die Bedeutung persönlicher Kontakte und deren Pflege sowie der hohe Stellenwert von Etikette sollte nicht unterschätzt werden. Pragmatismus und Improvisation sind ebenso gefragt wie ein diplomatischer Umgang mit Problemen.

Quelle: GTAI

Die heimische Volkswirtschaft wird in diesem Jahr ebenfalls weit weniger wachsen als zunächst angenommen. Im vergangenen Jahr ist sie – nach einem Einbruch um 6,1% im ersten Corona-Jahr – noch um knapp 12% regelrecht nach oben geschossen. Für 2022 liegen die Prognosen nur noch bei knapp 1,5%, im kommenden Jahr dürfte die chilenische Wirtschaft – wenn überhaupt – nur noch ein klein wenig wachsen. Dadurch hat die Weltbank auch das prognostizierte Jahr, in dem das Land ein BIP pro Kopf von 30.000 US-Dollar erreicht, von 2022 auf 2026 verschoben.

Ein weiteres Problem ist die hohe Inflation. Sie lag bereits 2021 bei 4,5%, auch weil die chilenische Regierung sehr umfassende Konjunkturprogramme in Folge der Pandemie aufgelegt hat. Durch die drastisch gestiegenen Energiepreise geht

die heimische Zentralbank in diesem Jahr mittlerweile von einer Inflationsrate von 11,1% aus. Sie reagierte zwar relativ früh mit aggressiven Leitzinserhöhungen. Deren Wirkung war aber durchgewachsen. So erreichten die Preissteigerungsraten im Juli den höchsten Stand seit 1994. Die starke Abwertung der chilenischen Peso-Währung gegenüber dem US-Dollar und die dadurch teurer gewordenen Importkosten taten ihr Übriges.

Vor allem die Lebensmittel- und Kraftstoffpreise explodierten, was die politische Lage neben den Verfassungsquerelen weiter aus den Fugen hob. Das Benzin muss praktisch komplett aus dem Ausland eingeführt werden. Es wurde um rund ein Drittel teurer.

Beim ebenfalls knapp gewordenen Getreide beträgt der Einfuhranteil über 50%. Nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges legte die Regierung im Frühjahr den Plan „Chile Apoya“ vor: Mit einem Gesamtvolumen von mehreren Milliarden US-Dollar versucht sie seither, Arbeitsplätze zu schaffen, benachteiligte Bevölkerungsschichten zu unterstützen und KMU unter die Arme zu greifen. Die Arbeitslosigkeit ist durch den Boom im vergangenen Jahr bereits wieder von über 10% auf unter 8% gesunken.

Ein Projekt, das zuletzt auch vonseiten der Politik forciert worden ist, ist der Bereich der synthetischen Kraftstoffe. Bei ihrer Herstellung wird kein Kohlenstoffdioxid freigesetzt. Stattdessen wird es mittels Wasserstoff zu Kraftstoff gebunden.

Das Problem: Dieser Prozess benötigt viel Energie in Form von Strom. Spätestens an dieser Stelle kommt Chile ins Spiel. Denn es gibt dort an Land und im Wasser viele exponierte Lagen für Fotovoltaik und Windkraft. Sonne und Wind existieren im Überfluss, letzteres vor allem im Süden. Der mit einer Leistung von 233 MW größte Windpark Südamerikas ist bereits in Betrieb. So können in Chile auch vergleichsweise günstig aus Wasserstoff E-Fuels gewonnen werden.

Das hat deutsche Unternehmen auf den Plan gerufen. So investierte Porsche gemeinsam mit Siemens Energy bereits viele Millionen Euro in dem Land. Für den deutschen Sportwagenbauer sind synthetische Kraftstoffe ein wichtiger Baustein, um Klimaneutralität zu erreichen. Das chilenische Unternehmen HIF Global hat die E-Fuels-Herstellung schon gestartet. Die Menge soll sukzessive bis 2026 auf dann 550 Millionen Liter pro Jahr gesteigert werden.

Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz unterstützt dieses Vorhaben mit Fördergeldern in stattlicher Höhe. Für Chile selbst dürften synthetische Kraftstoffe ein Segen sein. Denn noch

ist der Staat in starkem Maße auf den Import von fossilen Brennstoffen angewiesen, allen voran Erdöl und Kohle.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Chiles Außenhandelsquote beträgt fast 60%. Der mit Abstand wichtigste Partner ist China. Fast 40% der Wareneinfuhren werden in die Volksrepublik gebracht. Den umgekehrten Weg gehen knapp 30% der Importe. China ist auch im Land selbst aktiv. So baut China Railway die Metrolinie 7 in der Hauptstadt Santiago. Der chinesische E-Autobauer BYD lechzt nach der Konzession, um in Chile Lithium abbauen zu dürfen. Hinter China folgen die USA als wichtigster Handelspartner – und dann kommt lange nichts.

Die deutsche Handelsbilanz mit Chile ist positiv. Im vergangenen Jahr haben Waren und Dienstleistungen im Wert von 2,72 Milliarden Euro die Bundesrepublik in Richtung Chile verlassen. Damit war Deutschland für die Südamerikaner immerhin das fünft wichtigste Importland. Den umgekehrten Weg gingen Produkte in einer Größenordnung von 1,12 Milliarden Euro.

Hauptimportgüter Chile

(in Prozent der Gesamteinfuhr 2021)

Kraftfahrzeuge und -teile	11,2
Chemischer Erzeugnisse	10,1
Nahrungsmittel	9,6
Elektronik	9,2
Petrochemie	5,7

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

Aussichten

Chiles Gemütslage schwankt zwischen den heftigen Auswirkungen des Klimawandels und dem riesigen Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energien. Seit mehr als einem Jahrzehnt leidet das südamerikanische Land unter einer Dürre, noch viel länger unter dem Abbau der Bodenschätze, allen voran Kupfer. Das hat längst Politik und Wirtschaft auf den Plan gerufen. Bis spätestens 2050 will Chile CO₂-neutral werden, bis 2030 sollen die Emissionen halbiert werden. Das birgt nicht nur auf diesem Feld, gerade auch für deutsche Unternehmen, viele Möglichkeiten, mit umweltverträglichen Technologien gute Geschäfte zu machen.

Eckdaten für den Export nach Chile

Bevölkerung:
18,6 Millionen

Hauptstadt:
Santiago de Chile

Währungseinheit:
1 Chilenischer Peso = 100 Centavos
ISO-Code: CLP

Wichtige Feiertage:
01. u. 2. Januar Neujahr
07. April Karfreitag
21. Mai Tag der Marine
26. Juni Peter und Paul
16. Juli Jungfrau Carmen
18. September Unabhängigkeitstag

Zollflughäfen:
Santiago de Chile, Antofagasta, Arica, Calama, Iquique, La Serena, Osorno, Puerto Montt, Temuco, Valdivia u.a.

Wichtige Seehäfen:
Valparaiso, Coronel, Huasco, Puerto Ventanas, San Antonio, San Vicente u.a.

Korrespondenzsprachen:
Spanisch, Englisch

Zolltarif (für Nicht-EU-Waren):
Harmonisiertes System, Verzollung nach dem CIF-Transaktionswert.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Zahlung gegen unwiderrufliches, bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv ist ratsam. Fakturierung in USD. Zahlungsziel in der Regel in 90 Tagen. Angebote in spanisch oder englisch auf CIF-Basis, Preisgestaltung FOB-Basis.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
. / .

Hinweis: Bei diesem Land handelt es sich um ein von der OECD hinsichtlich des Risikos nicht klassifiziertes Hocheinkommenland der OECD und der Eurozone. Es gibt keine OECD-weit gültige Entgeltkategorie. Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.

Auszug aus den „Konsulats- und Mustervorschriften“.

Nützliche Adressen

Botschaft der Republik Chile

Mohrenstr. 42
10117 Berlin
Tel.: +49 30 726203-901
berlin@consulado.gob.cl
<http://www.echile.de/index.php/de/service/konsulat/berlin-konsulat>

Deutsche Botschaft Santiago de Chile

Las Hualtatas 5677 - Vitacura
Santiago de Chile
Tel.: +56 22 463-2500
info@santiago-de-chile.diplo.de
<https://santiago.diplo.de/cl-de>

Deutsch-Chilenische Industrie- und Handelskammer

Av. El Bosque Norte 0440, of. 601
Las Condes, Santiago
Tel.: +56 2 3284-8500
chileinfo@ahkchile.cl
<https://chile.ahk.de>

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

Brasilien: eine geopolitische Oase

Nach einem erbittert geführten Wahlkampf wurde in Brasilien der rechtspopulistische Amtsinhaber Jair Bolsonaro von dem linksgerichteten Luiz Inácio Lula da Silva abgelöst, der Brasilien von 2003 bis 2011 schon einmal regierte und mit 77 Jahren ein bemerkenswertes Comeback feiert. Auch in Deutschland wurde die Entwicklung mit Spannung verfolgt. Denn Brasilien ist eine der zehn größten Volkswirtschaften der Welt und mit einem Handelsvolumen von 18 Milliarden Euro (2021) der wichtigste Wirtschaftsstandort Deutschlands in Lateinamerika. Fast 1.200 deutsche oder deutsch-brasilianische Firmen haben hier ihren Sitz. Eine Einschätzung über die weiteren Entwicklungen liefert Martin Duisberg, Repräsentant der DZ BANK in Brasilien.

Frage: In Brasilien war die Wahl des Präsidenten hart umkämpft und extrem polarisierend. Wie ist die Stimmung vor Ort?

Martin Duisberg: Deutsche Unternehmen haben sich von Anfang an eher neutral gezeigt und deutlich gemacht, dass sie sowohl mit Bolsonaro als auch mit Lula gut leben können. Mit Auswirkungen nach dem Machtwechsel rechnen sie nicht. Brasilianische Unternehmen haben am Anfang zwar Amtsinhaber Bolsonaro vorgezogen. Inzwischen haben sie sich aber auch mit Lula arrangiert.

Frage: Bolsonaro galt als eher wirtschaftsfreundlich, Lula hat dagegen den Ruf, weit aus weniger markliberal zu sein. Wie schätzen Sie das ein?

Martin Duisberg: Das stimmt. Bolsonaro ist aufgrund seiner wirtschaftsliberalen Haltung bei den Unternehmen gut angekommen. Aber auch wenn es unter Lula eine stärkere und notwendige soziale Komponente geben wird, ist nicht mit einer 100prozentigen Kehrtwende zu rechnen. Lula weiß sehr genau, dass nur ein wachsendes Land Wohlstand für die breite Bevölkerung generieren kann.

Frage: Lula hat viele Versprechungen abgegeben, unter anderem die Abholzung des Regenwaldes zu reduzieren. Damit keimt die Hoffnung, dass das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, allen voran Brasilien, doch noch zustande kommt und die zum Teil hohen Exportsteuern reduziert werden.

Martin Duisberg: Das Handelsabkommen wurde schon vor dreieinhalb Jahren unter Bolsonaro unterzeichnet. Der Ball liegt seitdem bei Europa. Lula hat den Vertrag in der Vergangenheit immer wieder kritisiert und jetzt durchblicken lassen, dass er neu verhandeln will. Das wird aus meiner Sicht aber nicht funktionieren, weil

die EU-Staaten dies nicht noch einmal neu aufgreifen werden.

Frage: Was macht Brasilien grundsätzlich für Unternehmen attraktiv?

Martin Duisberg: Nicht nur Brasilien, ganz Lateinamerika ist nach dem Rückzug vieler Unternehmen aus Russland immer mehr zu einer geopolitischen Oase geworden. Es gibt bereits Unternehmen die überlegen, ihre Produktion in Brasilien diverser Produkte wieder aufzunehmen bzw. auszudehnen und verstärkt zu investieren. Und dafür gibt es gute Gründe. Die Energiekosten sind inzwischen im Vergleich zu Europa geringer, die Menschen sind sehr lernbegierig und kreativ und auch für Start-ups ist das Umfeld hervorragend. Davon profitieren auch Unternehmen wie unter anderem BASF, T-Systems oder SAP, die in Brasilien Entwicklungs-Hubs aufgebaut haben.

Frage: Apropos Energie: Ist Brasilien aufgrund der von Ihnen angesprochenen geringen Energiekosten in Zukunft der optimale Partner, wenn es um die Lieferung von Wasserstoff geht?

Martin Duisberg: In Zukunft auf jeden Fall. Brasilien ist das Land auf der Welt, das vermutlich den günstigsten grünen Wasserstoff herstellen kann. Das hat einen einfachen Grund. Die Energiegewinnung aus Wasser, Wind und Sonne spielt hier eine enorme Rolle. Allein die Stromgestehungskosten für Photovoltaik sind aufgrund der Sonnenscheindauer wesentlich geringer als in Deutschland. Auch die Stromerzeugung mit Windenergieanlagen ist günstiger als in Europa. Das sind beste Voraussetzungen für die Herstellung von günstigem, grünem Wasserstoff, der in vielen lateinamerikanischen Ländern ein Zukunftsthema ist. Noch steht der Aufbau der Anlagen erst ganz am Anfang und der Wasserstoff wird vorerst vermutlich

Interview mit ...

Martin Duisberg
DZ BANK São Paulo
Representação Ltda.



martin.duisberg@dzbank.com.br

vor Ort genutzt. Für einen Export ist zudem noch der Ausbau der Infrastruktur wie die Häfen notwendig. Aber die ersten Schritte sind getan. So hat erst vor kurzem Thyssenkrupp den Auftrag zur Installation von drei 20-MW-Standardelektrolyseuren von Unigel erhalten - einem der größten Chemieunternehmen Lateinamerikas und der größte Hersteller von Stickstoffdünger in Brasilien. In den kommenden Jahren sollen die Elektrolyseur-Kapazitäten auf über hundert Megawatt ausgebaut werden, so dass etwa 40.000 Tonnen grüner Wasserstoff jährlich hergestellt wird. Damit setzt Unigel einen wichtigen Impuls in der Region und es zeigt das Interesse der Unternehmen an der Nutzung von grünem Gas.

Frage: Brasilien kämpft mit einer hohen Inflation in der Spitze bis zu 14%. Wie sehen Sie das weitere Wachstum?

Martin Duisberg: Unabhängig davon, ob Lula oder Bolsonaro Präsident ist, rechne ich mit einem Wirtschaftswachstum von zirka drei Prozent in diesem Jahr und einem Rückgang der Inflation im kommenden Jahr auf 4,5 Prozent. Damit könnte dann auch der Leitzins von zurzeit 13,75 Prozent gesenkt werden. Dennoch wird dieser nach wie vor hohe Zinssatz dazu führen, dass das Wachstum im kommenden Jahr relativ zurückhaltend ist. Ich rechne mit 0,5 Prozent bis 1,5 Prozent. Erst 2024 wird es mit der Wirtschaft wieder bergauf gehen und voraussichtlich ein Wachstum von 2,5 bis 3,5 Prozent generiert werden.

Warenexporte nach UK: London fordert ab Januar UKCA als Konformitätsnachweis

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union haben sich bekanntlich auch zahlreiche Export- bzw. Importvorschriften geändert. Galt vor dem Brexit noch die CE-Kennzeichnung für den Verkauf von Waren im gemeinsamen Binnenmarkt der Europäischen Union, muss fortan für den Export nach Großbritannien generell die britische Kennzeichnung UKCA (UK Conformity Assessed) verwendet werden. Die Übergangsfrist für das obligatorische UKCA-Zeichen endet zum Jahresende.

Betroffen von der neuen Kennzeichnungspflicht sind vor allem Produkte, die aus den folgenden Kategorien in das Vereinigte Königreich (England, Schottland, Wales) - außer Nordirland - ausgeführt werden: Spielzeug (Sicherheit), Sportboote/Wassermotorräder, Druckbehälter, Druckgeräte, elektrische Niederspannungsprodukte, bestimmte Waagen, Messgeräte, Aufzüge, explosionsgefährdete Produkte und Funkanlagen. Für all

diese Gruppen gibt es gesonderte EU-Richtlinien mit eigenen Anforderungen, die im Grundsatz auf technischen Regeln und Sicherheitsvorschriften basieren. Für Medizinprodukte gilt die Übergangsfrist nach Angaben des TÜV Nord noch bis zum 1. Juli 2023. Für chemische Produkte, Lebensmittel, Düngemittel und Tabakwaren galt die CE-Kennzeichnung nicht, sie unterliegen anderen, meist strengeren Importregeln.

Übergangsfrist endet

Das CE-Zeichen - die europäischen Verbraucher kennen den Aufkleber seit Jahren von vielen Produkten - ist ein Konformitätsnachweis und soll ein angemessenes Schutzniveau für die Gesundheit und Sicherheit von Menschen und Haus- bzw. Nutztieren bieten. Es fügt sich in einen umfangreichen Rahmen von Vorschriften rund um die Produktsicherheit und -haftung im europäischen Binnen-

markt ein. In den meisten Produktbereichen sind die entsprechenden Vorgaben (technischen Normen etc.) EU-weit harmonisiert. So können sich Hersteller beim freien Warenverkehr innerhalb der EU an einheitlichen Regeln orientieren. Auch verringern sich dadurch die Haftungsrisiken für die Unternehmen.

Die EU-Konformitätserklärung ist ein zwingend notwendiges Dokument, das entweder die Hersteller oder ihre bevollmächtigten Vertreter unterschreiben müssen. Damit erklären die Unternehmen, dass ihre Produkte den EU-Anforderungen entsprechen und übernehmen die volle Verantwortung dafür, dass ihr Produkt dem geltenden EU-Recht entspricht. Analog dazu dient das UKCA-Kennzeichen. Die deutschen Handelskammern und Wirtschaftsverbände empfehlen den Exporteuren deshalb, sich intensiv mit den Bestimmungen für die Warenausfuhr nach Großbritannien zu beschäftigen.



Die Unternehmen müssen insbesondere darauf achten, bei welchen Waren vor der Anbringung des UKCA-Zeichens eine Konformitätsbewertung durch eine unabhängige zugelassene Prüfstelle vorgeschrieben ist und bei welchen Produkten sie selbst die Konformität erklären können. Denn bei manchen Waren reicht eine Selbsterklärung der Konformität aus, wie die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in München informiert. Außerdem gilt für Altbestände wie beispielsweise für Waren, die vor dem 1. Januar 2023 komplett gefertigt, mit CE-Zeichen versehen und auf den Markt gebracht wurden, eine Ausnahmeregelung. Sie müssen im Nachhinein keinen neuen Konformitätsnachweis liefern.

Etikett reicht zunächst

Nach Angaben der britischen Regierung können Unternehmen bei den meisten Waren bis zum 1. Januar 2024 das UKCA-Kennzeichen mit einem Etikett auf dem Produkt oder Begleitdokument anbringen.

Vorsicht: Das UKCA-Zeichen kann nicht für Produkte verwendet werden, die in Nordirland eingeführt werden. Zum Nachweis der Konformität kann für diese Waren daher neben dem CE-Kennzeichen auch das UKNI (NI-für Nordir-

land) angebracht werden. Nordirland genießt aufgrund des Abkommens zwischen der EU und dem Vereinigtem Königreich einen Sonderstatus. Laut Nordirland-Protokoll bleibt Nordirland Teil des EU-Binnenmarkts für Waren, für den nordirischen Markt kann weiterhin die CE-Kennzeichnung verwendet werden.

Immer noch Verhandlungen mit der britischen Regierung

Allerdings könnte die Umsetzungsfrist für die UKCA-Kennzeichnungspflicht auch noch kurzfristig über den 1. Januar 2023 hinaus verlängert werden. Aus Kreisen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) in Brüssel war zu erfahren, dass die EU zurzeit noch Verhandlungen mit den britischen Behörden über eine Verlängerung der Übergangsfrist führt. Die Gespräche verliefen bislang positiv, hieß es dem Vernehmen nach. Bis Redaktionsschluss war jedoch völlig offen, ob die Deadline noch einmal um ein weiteres Jahr bis Januar 2024 verschoben wird.

Sicherheitshalber sollten sich Unternehmen aber jetzt schon über die Regeln für das UKCA-Kennzeichen informieren, wenn noch nicht geschehen. Falls für den Warenexport in das Vereinigte Königreich vor der Anbringung des UKCA-Zeichens

eine Bewertung der Konformität durch eine unabhängige Stelle vorgeschrieben ist, empfiehlt die britische Regierung eine solche Stelle in Großbritannien ausfindig zu machen. Dafür hat die britische Regierung eine Datenbank im Internet zur Verfügung gestellt (<https://www.gov.uk/uk-market-conformity-assessment-bodies>).

Unternehmen, die bereits im Besitz einer CE-Kennzeichnung sind, die von einer in der Europäischen Union anerkannten Stelle ausgestellt wurde, sollten sich von dieser Stelle beraten lassen, wie sie ihre Produkte anhand der UKCA-Kennzeichnung zertifizieren lassen können.

Ali Uluçay

Weitere Informationen

Exporteure können sich auf der Webseite <https://www.gov.uk/guidance/using-the-ukca-marking> der britischen Regierung darüber informieren, ob ihr konkretes Produkt unter die UKCA-Kennzeichnungspflicht fällt.

Weitere Informationen und Tipps bietet auch die deutsch-britische Industrie- und Handelskammer (AHK) in London unter: <https://grossbritannien.ahk.de/brexit/faqs>.



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand:
Peter Erlebach (Vorsitzender), Dr. Sandro Reinhardt und Marco Rummer
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock, DZ BANK AG, Neussel KPA
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.